

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1948**

15 (22.4.1948)

# VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 15

Mannheim, 22. April 1948

Preis 15 Pfg.

## Der Volksrat an alle Deutschen

Aufruf zur Rettung der Einheit der Nation

(EB) Zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands erließ das Präsidium des Deutschen Volksrates folgenden Aufruf:

### An das deutsche Volk

Was wird aus Deutschland? Wird die Einheit Deutschlands endgültig zerschlagen?

Das sind die großen Fragen, die jeden deutschen Menschen bedrängen. Mit steigender Sorge hat das deutsche Volk erkennen müssen, daß die alliierten Siegermächte sich nicht über die Deutschlandfrage verständigen konnten. Es war die Hoffnung des deutschen Volkes, daß die Alliierten gemäß ihren Potsdamer Beschlüssen Deutschland als einheitliches wirtschaftliches Ganzes behandeln und alle Fragen gemeinsam durch den Kontrollrat lösen würden. Diese Hoffnung scheint zunichte zu werden.

Mit Bedauern sieht unser Volk, daß politische Kräfte auch aus seinen eigenen Reihen sich die Bestrebungen zu eigen machen, die Einheit Deutschlands zu zerschlagen. Aber

### die Spalter Deutschlands sind nicht das deutsche Volk.

Seine erdrückende Mehrheit will die starke und wirtschaftliche Einheit Deutschlands. Dieser Wille muß jetzt zur Tat werden. Denn Deutschland steht in der akuten Gefahr, endgültig zerrissen zu werden.

Das elementare demokratische Grundrecht der Selbstbestimmung muß auch dem deutschen Volke gewährt werden. Das deutsche Volk will über den späteren Aufbau Deutschlands selbst entscheiden.

### Deutschland soll eine einheitliche demokratische Republik sein.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat deshalb die obersten Befehlshaber der vier Besatzungsmächte als die oberste Regierung in Deutschland darüber informiert, daß vom 23. Mai bis 13. Juni in ganz Deutschland das Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands durchgeführt wird.

Damit ist das deutsche Volk selbst zur Entscheidung über die Lebensart der Nation aufgerufen.

Deutsche Männer und Frauen!

### Die Stunde der nationalen Selbsthilfe ist gekommen!

Erhebt eure Stimme. Stellt alles Trennende beiseite. Im Ringen um die Einheit Deutschlands müssen sich alle Kräfte zusammenfinden. Zeigt durch die Tat, daß das deutsche Volk über Parteien und Zonengrenzen, über Standes- und Konfessionsunterschiede hinweg in der Lebensart der Nation eines Willens und eines einigenden Bekenntnisses ist. Die Entscheidung, die jetzt vom deutschen Volk über Deutschland getroffen wird, bestimmt die Zukunft unseres Landes auf Generationen.

Nur ein einheitliches demokratisches Deutschland hat eine Zukunft.

Erkennt die große Bedeutung der Entscheidung. Seid euch der hohen Verantwortung bewußt.

Die Einheit Deutschlands kommt nicht von selbst, sie muß erkämpft werden.

Kämpft durch das Volksbegehren für die Einheit Deutschlands. Schmiedet mit dem deutschen Volksbegehren die starke Waffe gegen alle Feinde unserer nationalen Einheit.

### Kämpft für ganz Deutschland!

Kämpft für die unteilbare demokratische Republik!

Für das Präsidium des Deutschen Volksrates:

Wilhelm Pieck, Otto Nuschke, Prof. Dr. Hermann Kastner.

## S. v. Chrustschoff berichtet vom Deutschen Volkskongreß

Der Weinheimer Delegierte spricht in überfüllter Versammlung  
Die Einheit Deutschlands wird kommen!

(EB) Im überfüllten Saale der „Deutschen Eiche“ in Weinheim drängten sich am 16. April 1948 die Menschen. Angehörige aller Parteien und aller Bevölkerungsschichten, insbesondere der fortschrittlichen Intelligenz, um den Bericht des keiner Partei angehörigen Weinheimer Delegierten zum 2. Deutschen Volkskongreß, Herrn Sergius von Chrustschoff zu hören. Die Ausführungen Herrn v. Chrustschoffs wurden mit großem Interesse und starkem Beifall aufgenommen. Wohlmeinende Freunde hatten dem Redner dringend geraten, diese Reise nach Berlin zu unterlassen, „da er doch nicht mehr zurückkomme, sondern den Rest seines Lebens entweder in den Kellern der GPU oder in Sibirien verbringen könne.“ Sergius von Chrustschoff ist zurückgekehrt und er gab einen eingehenden und objektiven Bericht über seine Reise durch die Ostzone, der nichts beschönigte, aber auch nichts verschwie, und auch dem letzten der Anwesenden, der vielleicht noch unter dem Eindruck der überall gegen die Ostzone betriebenen infamen Hetze stand, den letzten Zweifel nehmen konnte. Man muß sich die Leute genau anschauen, welche aus dem Osten kommen, um bei uns im Westen schmutzige Gerüchte zu kolportieren, mahnte der Redner, nur dann könne man ein richtiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse bekommen.

In außerordentlich sachkundiger und geschichtlich untermauerter Weise setzte sich Sergius von Chrustschoff mit dem Freiheitsbegriff, wie er von den Westmächten propagiert wird, auseinander. Diese Art von „Freiheit“ bedeutet für die großen Massen der Werktätigen keine Freiheit, sondern nur Ausbeutung. Die Massen haben kein weiteres Interesse mehr an einer Gesellschaftsordnung, in der sie nur immer als Objekt betrachtet und be-

handelt werden, und in der die Freiheit nach dem Satz ausgelegt und bemessen wird: „Je mehr Geld, um so mehr Freiheit, je weniger Geld, um so weniger Freiheit für den einzelnen.“

Dem planmäßig verbreiteten Kriegsgeschrei und den Gerüchten, die den Eindruck erwecken sollen, daß ein dritter Krieg unvermeidlich sei, trat der Redner mit einer eingehenden Schilderung des wahren Kräfteverhältnisses in der Welt entgegen. Die Kräfte des Fortschritts sind stärker und sie werden sich durchsetzen, denn auf ihrer Seite stehen die Massen der Völker und die Geschichte beweise es,

## Westregierung ohne deutsche Hilfe unmöglich

Mit deutschen Händen soll Deutschland erwürgt werden

Zu dem Appell General Robertsons an die Politiker der Westzonen, die zum Marshallplan A sagten, nun auch zur Westregierung B zu sagen, und zu der lizenzierten Presse, die als „deutsches Sprachrohr der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte“ sich beeilt, „positiv“ Stellung zu nehmen, schreibt „Neues Deutschland“ vom 13. April:

Die eindringliche Forderung der Westmächte an die deutschen Politiker in den westlichen Zonen, ihr eigenes Vaterland zu zertrümmern, beweist, daß die Zerreißung Deutschlands durch die Errichtung einer Westregierung ohne deutsche Hilfe nicht möglich ist. Die Hilfe unseres Volkes ist nicht zu haben. Daher die Verfolgung der Volkskongreßbewegung und die Furcht vor einem Volksentscheid. So stützt man sich denn auf die schon geworbenen Quislinge, besonders an der Spitze der CDU und CSU, aber auch unter den rechten Führern der

daß letztlich doch immer die neuen Ideen gesiegt haben.

Die Anwesenden, gleichviel, in welchen politischen Lagern sie standen, zeigten sich sichtlich beeindruckt durch die Worte des Referenten. Besondere Beachtung fand die Erklärung Herrn von Chrustschoffs, daß es ihm als Parteilosen angenehm aufgefallen sei, daß auf dem 2. Deutschen Volkskongreß in Berlin die Delegierten und Angehörigen aller Parteien und aus allen vier Besatzungszonen einmütig den leidenschaftlichen Willen zur Schaffung der Einheit Deutschlands bekundeten. Trotz aller Hindernisse, die hier im Westen aufgerichtet werden, rief Sergius von Chrustschoff aus, wird es der durch den Deutschen Volkskongreß ausgelösten großen Volksbewegung doch gelingen, die Einheit unseres Vaterlandes zu erringen.

## Wahlsieg der Kommunisten!

Die lizenzierte Presse schweigt sich bezeichnenderweise genau wie der Rundfunk geflissentlich aus über das Ergebnis der Gemeindevahlen in Epernay, bei denen die Kommunisten weit vor allen anderen Parteien zehn Sitze, die französische Volksunion (General de Gaulle) sieben, die Republikanische Volkspartei sechs, die Sozialisten und die vereinigte republikanische Linke je 2 Sitze erhielten. Nach wie vor ist die Kommunistische Partei die stärkste Partei Frankreichs, denn ihr gehört das Vertrauen des Volkes.

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte zustehen sollen, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 enthielt.

(§ 1 des vom Deutschen Volksrat vorgelegten Gesetzes über die Einheit Deutschlands,

## „Provokation M“

Wir fragen — wer gibt die Antwort

Gerade in dem Augenblick, da nach der Sprengung der Londoner Konferenz durch die Schaffung der Separatregierung in Frankfurt am Main der erste Schlag gegen die Einheit Deutschlands geführt wurde, erschien jenes provokatorische „Protokoll M“, eine verbrecherische Fälschung, welche die Kommunistische Partei der Absicht beschuldigte, im Auftrag der Kommintern eine Welle von Streiks, insbesondere gegen den Marshallplan zu inszenieren. In schamlosester Weise beilegte sich die gesamte lizenzierte Presse Westdeutschlands dieses Ereignis des antikommunistischen Feldzugs ohne Glacehandschuhe zu verbreiten und die Bevölkerung zu verhetzen und irrezuführen.

„New York Times“ und „Daily Herald“ und inzwischen auch einige offizielle Persönlichkeiten mußten feststellen, daß das „Protokoll M“ eine Fälschung ist. Die deutsche lizenzierte Presse aber ist merkwürdig still, trotzdem sich eine Reihe von wichtigen Fragen ergibt, deren Beantwortung die Öffentlichkeit mit Recht fordert.

Der Hersteller und Verfasser des „Protokoll“ soll ein deutscher Antikommunist sein, der inzwischen verhaftet wurde.

Frage: Wie heißt der Fälscher? Wo wurde er verhaftet? Wo befindet er sich jetzt?

Das britische Außenministerium behauptete seinerzeit, „die Echtheit des Dokumentes stehe außer Zweifel“. Inzwischen mußte eingestanden werden, daß Provokation „M“ seinerzeit von britischen Beamten in Berlin ohne ausreichende Untersuchung und Überprüfung als echt hingenommen wurde.

Frage: Wie kommt es, daß trotz der Untersuchung durch hohe Beamte des Foreign Office und des berühmten englischen Secret Service die Fälschung nicht als solche erkannt wurde?

Der Berliner SPD-Stadtrat Reuter bezeichnete das „Protokoll“ als „echt und sehr interessant“.

Frage: Woher weiß Reuter, daß das Protokoll echt ist?

Das Vorstandsmitglied der SPD Heine behauptete, „die Quelle, aus der das „Protokoll M“ stamme, sei absolut zuverlässig“.

Frage: Kennt Heine und der SPD-Vorstand in Hannover diese Quelle? Wer hat die Fälschung in Auftrag gegeben? Wer hat den Fälscher bezahlt und wie hoch?

Der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, erklärte einem Reuter-Korrespondenten, „daß er das Protokoll schon vor der Veröffentlichung besessen habe und die Quelle vollkommen zuverlässig sei“.

Frage: Von wem erhielt Dr. Schumacher und der Parteivorstand der SPD vor der Veröffentlichung sein Exemplar der Provokation?

Werden diese Fragen ihre Antwort finden?

## Endergebnis der Berliner Gewerkschaftswahlen

(EB) Unter bewußter Irreführung der Öffentlichkeit berichten die Westzeitungen von angeblichen überwältigenden Wahlsiegen der UGO, so z. B. auch das Mitteilungsblatt der SPD, „Volkswille“, Stuttgart.

Nach einer Meldung des Gewerkschaftsorgans „Tribüne“ vom 15. 9. hatten die Delegiertenwahlen für die Berliner FDGB-Bezirkskonferenzen folgendes Ergebnis: Für die Bezirkskonferenzen wurden 4583 Delegierte, davon 1164 UGO und für die Bezirksverbandskonferenzen 13 850 Delegierte, davon 3392 für die UGO gewählt.

Wir stellen diese Zahlen kommentarlos den „Sieg“-meldungen gegenüber.

## Deutschland — eine unteilbare demokratische Republik

Die durch das Volksbegehren zum Ausdruck zu bringende Forderung des deutschen Volkes hat auf Vorschlag des Volksrates folgenden Wortlaut:

### „Für die Einheit Deutschlands!“

Die Unterzeichneten ersuchen die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, der Französischen Republik,

jeder in seiner Besatzungszone und auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrates, folgendes Gesetz zu beschließen oder einen Volksentscheid darüber anzuordnen:

### Gesetz über die Einheit Deutschlands

#### § 1

Deutschland ist eine unteilbare, demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte zustehen sollen, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 enthielt.

#### § 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

#### Einzeichnungsliste

Ort: Name und Vorname:  
Beruf oder Stand: Wohnadresse:“

## Goldene Brücken für reaktionäre Richter

(EB) In der Landtagssitzung vom 9. April stand ein Antrag der kommunistischen Fraktion zur Debatte, welcher zum Gesetz über den Dienststrafhof der Richter zum Schutze der Verfassung den Fortfall der Bestimmungen forderte, daß ein Richter, der sich aus Gewissensgründen der Verfassung widersetzt hat, vom Dienststrafhof möglicherweise noch im Amte belassen werden kann.

Abgeordneter Leibbrand (KPD) erklärte, daß es in diesem Falle keine mildernden Umstände geben dürfte, gleichgültig, aus welchen Gründen der Richter gegen die Verfassung verstossen habe. Als sich die Mehrheit des Hauses noch fragte, ob sie dem kommunistischen Antrag zustimmen sollte, enthüllte Justizminister Beyerle durch seine Begründung für die Beibehaltung der Klausel ihre ganze Gefährlichkeit. Beyerle erklärte nämlich, daß der Dienststrafhof sich leichter entschließen würde, wenn er die Möglichkeit hätte, dem Richter, der den Verfassungsbruch begangen habe, wenigstens seine Gehaltsbezüge zu erhalten. Abgeordneter Leibbrand konnte darauf noch einmal deutlich machen, daß es dem Geiste der Verfassung widersprechen würde, wenn man erklärte, Gegnern der Verfassung unter den Richtern goldene Brücken baue. Es sei typisch für den Geist, der in der Justiz herrsche, daß der Minister solchen Richtern ihr Amt erhalten wolle. Die Mehrheit des Hauses stimmte dem kommunistischen Antrag zu.

## CDU-Vertreter über Vorbereitung des Volksbegehrens im Westen

(EB) Auf dem 2. Kreiskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Gochau erklärte der sächsische Minister Dr. Knabe (CDU), bei den Vorbereitungen zum Volksbegehren müsse alles getan werden, um auch im Westen Deutschlands die fortschrittlichen Kräfte zu stärken. Wir wollen beweisen, daß das Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden eine Forderung des gesamten deutschen Volkes ist.

## Aufwärtsentwicklung des Interzonenhandels

(EB) Aus einem Bericht der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel geht hervor, daß im ersten Quartal 1948 die Warenbezüge aus dem Westen 65,2 Mill. RM (erstes Quartal 1947: 33,8 Mill. RM), die Lieferungen der Ostzone 70,8 Mill. RM (47,6 Mill. RM) betragen, so daß die Lieferungen um 5,5 Mill. RM höher sind als die Bezüge.

Der Gesamtumsatz ist also gegenüber dem Vorjahr um etwa 60 % gestiegen. Hieraus ergibt sich, daß trotz der Schwierigkeiten der Zeit der Interzonenhandel im Interesse einer einheitlichen deutschen Wirtschaft sich günstig weiterentwickelt.

## Stärke und Selbstvertrauen der Sowjetregierung

Die Sowjetunion kann nicht besiegt werden — Menschen, die wissen was sie tun

(PD) Der Moskauer Korrespondent des „Manchester Guardian“, Alexander Werth, berichtet am 25. 3. 48 u. a. über das große Gefühl der Stärke und des Selbstvertrauens der Sowjetregierung. Er schreibt u. a.:

„Wenn man von Moskau aus die Welt betrachtet, so spürt man besonders das große Gefühl der Stärke und des Selbstvertrauens, das die Sowjetregierung beseelt. Das ist der vorherrschende Eindruck, den ich anlässlich der Feier des 30-Jahrestages der Sowjetarmee im Großen Theater erhielt. Fast alle Mitglieder des Politbüros waren anwesend, außerdem zahlreiche Marschälle und Generale; unter ihnen Stalin — eine starke, massive Gestalt. Bei allen diesen Männern zeigte sich im Gesichtsausdruck eine Art Härte und Zähigkeit und eine außerordentliche Ruhe. Man fühlte, daß diese Menschen genau wissen, was sie tun, daß ihr Land über eine geplante Wirtschaft und über eine politische Linie verfügt, die alle mög-

lichen, wahrscheinlichen und unwahrscheinlichen Zufälle meistert. In der Rede Bulganins — der einzigen, die gehalten wurde — gab es keine Prahlerei, keine scharfen Noten und nicht einmal direkte Angriffe. Die Frage der Atombombe wurde gar nicht erwähnt. Molotow sagte im November alles, was dazu zu sagen war. Wenn in der Rede Bulganins irgendwelche Warnungen ausgesprochen wurden, so bestanden sie in ruhigen Darlegungen, die besagten, daß die Sowjetunion nicht besiegt werden kann. „Nur die Sowjetunion und ihre Armee“ — erklärte Bulganin — „waren den ungeheuren Schlägen der Nazis im Jahre 1941 gewachsen. Wir wissen aber, — fügte Bulganin hinzu — „daß viel schwächere Schläge der Nazis genügt, um die Armeen der westeuropäischen Länder zu zermalmen“. Die anwesenden Ausländer — schließt Alexander Werth seinen Artikel — konnten sich diese Bemerkungen „hinter den Spiegel stecken“.“

## Der Volksrat stellt klar

Wilhelm Pieck und Otto Nuschke an General Hays

Die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates, Wilhelm Pieck (SED) und Otto Nuschke (CDU) richteten an den stellvertretenden Militärgouverneur der US-Zone, General Hays, folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr General!

Sie haben auf unsern an die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte und an den Kontrollrat gerichteten Informationsschreiben vom 13. April, daß der Deutsche Volkskongreß dem deutschen Volk die Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands empfiehlt, in der Öffentlichkeit erklären lassen, daß Sie einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands nicht für erforderlich halten.

Wir nehmen diese Ihre Auffassung zur Kenntnis, erlauben uns aber darauf hinzuweisen, daß die Entscheidung

über den Volksentscheid noch nicht in Frage steht. Vorläufig handelt es sich darum, daß sich das deutsche Volk durch ein Volksbegehren mit einem Gesetzesvorschlag über die Einheit Deutschlands an die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte und an den Kontrollrat wenden wird, das vorgelegte Gesetz zu beschließen oder einen Volksentscheid darüber anzuordnen.

Wenn, wie Sie in Ihrer Erklärung versichern, die amerikanische Regierung für die Einheit Deutschlands ist, so kann wohl damit gerechnet werden, daß auf Grund des Volksbegehrens ein solches Gesetz im Kontrollrat seine Annahme findet und damit ein Volksentscheid überflüssig wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates  
Wilhelm Pieck und Otto Nuschke

## Wer verschleppt das Mitbestimmungsrecht?

Arbeitsminister Kohl weist reaktionäre Manöver zurück  
Bürokratie und Unternehmer sabotieren

Der Arbeitsminister Rudolf Kohl befaßte sich in einer Pressekonferenz im Arbeitsministerium Stuttgart am 13. 4. mit den Falschmeldungen verschiedener Zeitungen, welche die Schuld an der Verzögerung der Vorlage eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 22 der württembergisch-badischen Verfassung (über die Verteilung der Arbeitnehmer an der Verwendung und Gestaltung der privaten Wirtschaft) dem Arbeitsministerium in die Schuhe schieben wollen. So sucht der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Lauser in dem Mitteilungsblatt der SPD, „Volkswille“, vom 10. 4. den Eindruck zu erwecken, als ob der Arbeitsminister Rudolf Kohl erst durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion angetrieben werden mußte, bis er sich endlich bequem hätte, zur Frage des Betriebsrätegesetzes und zur Mitbestimmung der Werkstätten Stellung zu nehmen. Gegenüber dieser völlig falschen Darstellung, die auch von anderen Blättern verbreitet wird und die die Tatsachen auf den Kopf stellt, schilderte Arbeitsminister Rudolf Kohl eindeutig, in welcher Weise sich die Verhandlungen um das Ausführungsgesetz abgewickelt haben.

In enger Zusammenarbeit und dauernder Fühlungnahme mit den Gewerkschaften arbeitet Minister Kohl seinen Entwurf aus, der nicht, wie infame Gerüchte und Meldungen wissen wollen, wegen Unzulänglichkeit zurückgewiesen wurde, sondern weil er den reaktionären Kräften und der Bürokratie zu weitgehend schien. Die Arbeiterschaft kennt Rudolf Kohl, der in unzähligen Versammlungen in Betrieben und vor Betriebsräten seine positive Einstellung zum Mitbestimmungsrecht bekundet hat, und weist die infamen Angriffe als lächerlich zurück. Unser beschränkter Raum verbietet uns, auf das Hin und Her der zahllosen Einsprüche und Abänderungsanträge seitens der verschiedenen Ministerien einzugehen. So erhielt, um

nur ein Beispiel von vielen zu schildern, das Arbeitsministerium von OMGUS Berlin am 14. 6. 47 die Mitteilung, daß das Betriebsrätegesetz des Länderrats vom 4. 2. 47, das der Landtag am 7. 2. 47 zur Kenntnis nahm, in der vorgelegten Fassung nicht genehmigt werden kann. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß bei OMGUS demnächst Verhandlungen über dieses Problem stattfinden sollen, was aber bis heute noch nicht der Fall war.

Gegenüber dem von den Arbeitgebern eingereichten Gesetzentwurf erklärte Minister Rudolf Kohl, daß er in allen grundsätzlichen Fragen von dem des Arbeitsministeriums abweiche, noch hinter dem Betriebsrätegesetz von 1920 zurückstehe und daher keine Grundlage für eine positive Zusammenarbeit darstelle. Auch der Entwurf, den die CDU eingereicht habe, weiche in grundsätzlichen Fragen vom Regierungsentwurf ab.

Wiederholt betonte Minister Kohl, daß er eine unbedingte Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes für erforderlich und notwendig halte. Der Gesetzentwurf, der zur Zeit noch von einem durch den Landtag gebildeten Ausschuss beraten wird, kann etwa in drei bis vier Wochen zur Beratung vorgelegt werden. Wohl die großen Schwierigkeiten bei der Behandlung im Landtag erwartet Minister Kohl von Seiten der DVP, aber er glaubt doch, daß die Möglichkeit besteht, ein für die Arbeiterschaft annehmbares Gesetz zu schaffen.

## Sinkende Europaexporte

(EB) Einer der auffallendsten Punkte des europäischen Nachkriegshandels ist der geringe Wert der europäischen Exporte nach den USA. Der Export nach den USA ist 1947 geringer als 1946. Im Gegensatz dazu betragen die europäischen Importe aus den Vereinigten Staaten das Doppelte von 1946.

## Ihr tötet nicht den Geist

(EB) Der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur Hays gab bekannt, daß die amerikanische Militärregierung den Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid über Deutschlands Einheit und gerechten Frieden ablehnt. Wir erinnern uns dabei eines Interviews, das Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED, dem Berliner Rundfunk gab, und in dem er sich zu dieser Möglichkeit, die er damals allerdings für unmöglich hielt, mit den Worten äußerte: „Man kann natürlich alles verbieten. Aber ich habe schon auf dem Volkskongreß selbst gesagt: Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist! Sehen Sie, niemand kann ein Volk hindern, seinen Willen zum Ausdruck zu bringen in einer seiner Lebensfragen, die keine Militärregierung betrifft, die keine Verwaltungseinrichtung betrifft, sondern die die ureigenste Angelegenheit eines Volkes ist, ein primitives Lebensrecht, das uns niemand nehmen kann und das wir uns auch durch niemand nehmen lassen werden. Davon können Sie überzeugt sein.“

## Wehrmachtsgut gegen Devisen

(EB) Wie die „Hamburger Allgem. Zeitung“ berichtet, wird ehemaliges deutsches Wehrmachtsgut, das sich in britischem Besitz befindet, in Kürze von britischer Seite der englischen Zone zum Verkauf gegen Devisen angeboten. Bei den Beständen handelt es sich u. a. um Bekleidung, Medikamente, Lederausrüstungen, Zeltbahnen, Schutzbrillen, Schrauben, Bolzen, Nägel sowie andere Kleinteile. Solche Bestände wurden kürzlich noch gegen Reichsmarkzahlungen auf Friedenpreis-Basis an die deutsche Wirtschaft abgegeben.

## Jenaer Professoren für Deutschlands Einheit

(EB) Der Senat der Universität Jena nahm einstimmig ein Manifest an, in dem es heißt, daß „jeder Deutsche mit allen seelischen Kräften die Einigung Deutschlands und einen gerechten Frieden erstreben“ soll. Das von Rektor Professor Dr. Hud und weiteren 32 Professoren unterzeichnete Manifest wendet sich vor allen Dingen an den Deutschen Volksrat mit der Bitte, dem Gedanken der deutschen Einheit zum Durchbruch zu verhelfen.

## Russisches Tagebuch

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der weltberühmte amerikanische Schriftsteller John Steinbeck ein Tagebuch über seine Reise in die Sowjetunion. Wir entnehmen der „Frankfurter Rundschau“ vom 1. April einen kleinen Ausschnitt aus einer Unterhaltung Steinbecks mit einem ukrainischen Bauern:

„Ein Bauer stellte die Frage: Was würde die US-Regierung machen im Falle die Sowjetregierung Mexiko finanziell und militärisch unterstütze, um die Ausbreitung der Demokratie zu verhindern?“ Als wir nachdenklich antworteten, wir würden wohl den Krieg erklären, meinte er: „Und ihr habt der Türkei, die ebenso an uns grenzt, Geld geliehen zu dem Zweck, die Ausbreitung unseres Systems zu verhindern. Und wir haben keinen Krieg erklärt!...“

## Dr. Hermes (CDU) gegen Weststaat

Auf dem Parteitag des Landesverbandes der CDU, Berlin, erklärte der Mitbegründer und ehemalige 1. Vorsitzende der CDU der Ostzone und Berlins, jetziger Vorsitzender des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft des Frankfurter Zweizonenwirtschaftsrates, Dr. Andreas Hermes, daß die Bevölkerung der Westzonen keinen Weststaat und keine Westregierung wolle, wie auch die Bevölkerung des Ostens keinen Oststaat und keine Ostregierung wünsche. Der Wille zur Einheit sei das Grundgefühl der Nation, nach dem sich das deutsche Volk orientieren müsse. Dr. Hermes forderte die Errichtung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung. Alle deutschen Parteien sollten ihre Meinungsverschiedenheiten zurückstellen, um ihre gesamte Kraft einzusetzen zur Erreichung des nächsten Hauptzieles, der Einheit Deutschlands.

Für einheitliche Maifeiern

Die Kommunistische Partei Sandhofen hatte den Männergesangverein „Sängerbund - Sängerlust“ aufgefordert, an ihrer Feier zum Vorabend des 1. Mai mitzuwirken. Folgenden Brief, den wir auszugsweise veröffentlichen, erhielt darauf die Ortsgruppe in Sandhofen von dem Gesangverein:

„Gleichzeitig möchte ich Ihnen wie auch der Sozialdemokratischen Partei mitteilen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Maifeier vom nächsten Jahr ab gemeinsam aufgezogen wird, wenn man Wert auf unsere Mitwirkung legt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der 1. Mai ein Feiertag der gesamten arbeitenden Bevölkerung ist und bleiben soll. Es liegt aber auch im Interesse des Vereins, die Feier gemeinsam zu gestalten, denn wir haben noch nicht die Zeiten vor 33 vergessen, wo durch solche Sachen den Vereinen nicht gedient, sondern durch Spaltung der Vereine ihre Stärke untergraben wurde.“

Dieser Brief spricht für sich. Er zeigt, daß die Sänger von Sandhofen sehr gut begriffen haben, was heute noch nicht tut. Da die KPD Sandhofen aber bereits seit Wochen Versuche unternommen hatte, mit der SPD zu einer Uebereinkunft über eine gemeinsame Maifeier zu kommen und nur auf Ablehnung gestoßen war, hat sich der „Sängerbund - Sängerlust“ doch noch lobenswerterweise entschlossen, an der Maifeier der KPD mitzuwirken. Hoffen wir aber, daß in Zukunft der Wunsch dieses Gesangvereins auf einheitliche Maifeiern, wie überhaupt auf die Einheit der Arbeiterbewegung doch noch in Erfüllung gehen wird.

„Die Todesmühlen“ - verboten

(EB) Die Stadt- und Landkreis-Organisation der VVN Düsseldorf teilt mit, daß die Militärregierung den weiteren Verleih ihres eigenen Dokumentarfilms „Die Todesmühlen“ ohne jegliche Begründung untersagt. Die VVN erblickt in diesem Befehl eine Kniebeuge vor dem Neo-Faschismus zur Förderung der antidemokratischen Kräfte.

Das Aufführungsverbot, das die britische und amerikanische Militärregierung hinsichtlich des deutschen Films „Ehe im Schatten“ erlassen haben, wurde trotz immer stärker werdender Proteste aus Kreisen der Bevölkerung bis heute noch nicht aufgehoben.

USA kann nichts verhindern

In der „New York Herald Tribune“ wirft der amerikanische Journalist William L. Shirer die Frage auf, warum eigentlich, im Gegensatz zu der ausgesprochenen Kriegshysterie in Amerika, die Engländer und Franzosen nicht so sehr von der Unvermeidlichkeit eines Krieges überzeugt sind wie die Amerikaner. Die Antwort ist: „Sie verstehen und sie möchten, daß auch wir (also die Amerikaner) verstehen, daß ein Krieg in diesem oder im nächsten Jahre den Verlust von ganz Europa an Rußland und den Kommunismus bedeuten würde. Sie wissen ebensogut wie die vereinten Generalsabschefts in Washington, daß, wenn jetzt ein Krieg ausbrechen würde, die Rote Armee ganz Europa im Verlaufe von wenigen Wochen okkupieren könnte, und nichts, was die USA unternehmen könnten, würde es verhindern.“

Zilliacus über den Marshall-Plan

(Rdfk.) Der Marshall-Plan, dessen Grundinhalt nicht auf eine wirkliche Unterstützung der europäischen Völker hinauslaufe, bringe Großbritannien in eine sehr gefährliche Lage, erklärte der Labour-Abgeordnete Zilliacus in einer in New-Castle gehaltenen Rede. Die USA strebe mit der Durchführung des Marshall-Planes vielmehr dahin, den Westblock zu einem Brückenkopf in den Vereinigten Staaten auszubauen. Die USA versuche, die Länder Westeuropas zu einem militärischen Block unter Amerikas Führung zu vereinen.

Sekretärin, perfekt in Steno und Schreibmaschine (Engl. Sprachkenntnisse erwünscht), an vielseitiges, selbständiges Arbeiten gewöhnt, mit bestem Auftreten, wird bei guten Bedingungen von der Redaktion des „Badischen Volksecho“, Mannheim, S 3, 10, gesucht.

Die „unschuldig verfolgten“ Unternehmer

Naziaktivisten finden in Mannheim gute Aufnahme „Rückfragen unerwünscht“

(EB) Was es mit den Krokodilstränen für eine Bewandnis hat, welche bestimmte Kreise immer wieder über die armen, unschuldigen „politischen Flüchtlinge“, die aus der Ostzone bei uns auftauchen, vergießen, zeigt ein Vorgang, von dem wir durch Zufall Kenntnis erhielten. Ein günstiger Wind wehte uns vor einiger Zeit ein Schreiben der Firma Weyl AG. in Mannheim-Waldhof auf den Redaktionstisch, in dem um Zuzug für zwei „Flüchtlinge“ aus der Ostzone ersucht wird, und in dem uns folgender Passus stutzig machte:

„Wir bitten Sie jedoch, in diesen beiden Fällen keinesfalls in der Heimatzone (sowjetisch) Rückfragen vornehmen zu wollen, da dies voraussichtlich zu Nachteilen für die Antragsteller führen würde.“

Unsere Nachforschungen brachten Ergebnisse, die uns keineswegs überraschten, welche aber einmal zeigen, was für Menschen es sind, die aus der Ostzone flüchten und welches ihre Beweggründe sind, und zum andern geeignet sind, die Verlagerung von Betrieben, die oft mit der Verschleppung ganzer Betriebsausrüstungen und des Betriebsvermögens verbunden ist, und deren andere Seite die vielbesprochene „Heranziehung neuer Betriebe“, um die sich auch die Stadt Mannheim so bemüht, in das richtige Licht zu stellen.

Die Firma Weyl AG. gehört dem Rütgers-Konzern an, der 1947 seinen Sitz von Berlin nach Frankfurt verlagerte, und zu dem u. a. auch die Firmen Rütgers AG., Rauxel (Ruhrgebiet), die Rütgerswerke Erkner bei Berlin, die Vedag, Vereinigte Dachpappenfabrik, Rheinsheim, Kr. Bruchsal, die Chemische Fabrik GmbH, Wünschendorf (Thüringen) und die Chemische Fabrik Silesia Niederau (Schlesien) gehören bzw. gehörten. Die Produktion einer dieser Firmen, der Chemischen Fabrik Silesia, soll jetzt im Schoße der Firma Weyl AG. aufgebaut werden, wozu die beiden

Herrn, Dr. Alaschewsky und Franke, als unentbehrliche Spezialisten gehören. Sie waren nämlich Teilnehmer der „Silesia“, und verlegten ihr Wirkungsfeld von Schlesien zunächst nach Thüringen, wo sie mit 20 % Teilnehmer der Chemischen Fabrik GmbH, Wünschendorf, wurden. Doch im Laufe des Jahres 1947 fühlten sich die beiden „unentbehrlichen Spezialisten“ plötzlich sehr entbehrlich. Amtliche Unterlagen aus dem jetzt polnischen Gebiet kennzeichneten die beiden als Naziaktivisten und gehässige Gegner der fortschrittlichen Arbeiterschaft. Schwerwiegende Beschuldigungen machten die Einleitung eines Verfahrens gegen sie notwendig, dem sie sich, nachdem gleichzeitig festgestellt worden war, daß beide ihre Fragebogen gefälscht hatten, in dem sie u. a. ihre NSDAP-Mitgliedschaft verschwiegen, durch die Flucht entzogen.

Bei ihren Konzernfreunden in Mannheim fanden die beiden „unschuldig verfolgten“ Unternehmer gute Aufnahme. In der Goethestraße 18 baute ihnen die Firma Weyl AG. mit ihrem Industriekontingent Wohnungen aus, und trotzdem viele Mannheimer noch außerhalb unserer Mauern weilen, erhielten sie mit ihren Familien Zuzugsgenehmigung. Das alte gute Leben kann also wieder beginnen.

Der Betriebsrat der Firma Weyl AG. wird wachsam sein und von der Betriebsleitung Rechenschaft über diese Vorgänge verlangen. Das Interesse der Belegschaft, die er vertritt, und der Arbeiterschaft überhaupt verlangt es von ihm. Die städtischen Stellen und Behörden und insbesondere der Stadtrat muß bei der „Heranziehung neuer Industrien“ in unsere Stadt äußerste Vorsicht walten lassen, da wir an reaktionären Elementen hier im Westen Deutschlands selbst viel zu viel in entscheidenden Stellen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens haben und nicht noch die Naziaktivisten der gesamten Ostzone bei uns brauchen.

Christliches Liebeswerben um stark belastete Nazis

Dem letzten Arbeitsbericht des Hilfswerks der evangelischen Kirche in Baden ist über die Betreuung von Internierten folgendes zu entnehmen:

„Da in den Interniertenlagern nun auch die Spruchkammerverfahren durchgeführt werden und die Internierten oft nicht in der Lage sind, sich einen Rechtsbeistand zu besorgen, hat das Hilfswerk darin eine Aufgabe gesehen, für die Gestellung von Rechtsbeiständen, die Herbeischaffung von Zeugnissen und für andere, das Verfahren beschleunigende Maßnahmen einzutreten. Wieviel entlassene Internierte in unseren Bezirksbüros und Pfarrämtern aus Mitteln des Hilfswerks unterstützt, in die Heimat weitergeleitet, mit Kleidern oder Lebensmitteln versehen wurden, läßt sich zahlenmäßig nicht erfassen.“

Daß die so dargebotene Hand der Verböhnung gerne ergriffen wird, ergibt sich aus einer Meldung aus Re-

gensburg, wonach 80 Prozent der aus der Kirche freiwillig ausgetretenen Parteigrößen des dortigen Interniertenlagers wieder in den Schoß der Kirche zurückgekehrt sind.

Wir möchten nicht versäumen, den Kirchen unseren herzlichsten Glückwunsch zu ihrem wertvollen Zuwachs auszusprechen. Mögen die Kirchenhirten die wiedergefundenen Schafe nur recht liebevoll an sich drücken und im Gefühl des Triumphes übersehen, wieviel verkappte Wölfe sich darunter befinden. Worte des ehemaligen Reichsstatthalters Rob. Wagner, der die Abrechnung mit den Kirchen und das Nichtzurückschrecken auch vor dem Purpur nach Beendigung des Krieges angekündigt hatte, scheinen schon längst am Gestade der Vergessenheit angekommen zu sein. Um so mehr halten wir es für angebracht, die Erinnerung wieder aufzufrischen, damit die Würdelosigkeit nicht zu üppig ins Kraut schießt. B. Riedinger.

Oberpostdirektion auf antidemokratischem Kriegspfad

(EB) Wie die amerikanische Militärregierung das Verbot der Durchführung von Volkskongressen für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden in der amerikanischen Zone mit dem von ihr propagierten Grundsatz der Freiheit der Persönlichkeit vereinbaren will, ist ihre Sache. Unser ureigenstes Recht jedoch ist es, gegen den anmaßenden Versuch deutscher Behörden, sich in übereifriger Weise Kompetenzen zuzulegen, die ihnen nicht zustehen, Verwahrung einzulegen. Ausgerechnet die Post, eine Institution, die besonders in ihrem höheren Beamtenschaft mehr Nazis aufweist als zur Nazizeit selber, fühlt sich berufen, als politischer Polizeiaгент und Büttel gegen die fortschrittlichen Kräfte aufzutreten, wie nachstehender Aushang am schwarzen Brett des Postgebäudes in Heidelberg beweist:

An die Aemter des Bezirkes und an die Sachgebiete der OPD. Zeichnungsliste für den 2. Volkskongreß Aus besonderem Anlaß. Das Sammeln von Unterschriften oder das Auflegen von Einzelschneidungen sowie jede Propaganda für den

Gegen den Zwang

Wer hat recht: Marshall oder Clay?

(PD) Die „Berliner Zeitung“ veröffentlicht am 1. 4. einen Artikel unter der Ueberschrift „Spalterlogik“, in dem es heißt:

„Von welcher Seite Zwang ausgeübt wird, zeigen die Verbote gegen die Einheitsbewegung des Volkskongresses in den Westzonen und in den westlichen Sektoren Berlins. Der USA-Außenminister Marshall begründete diese Maßnahmen auf einer Pressekonferenz in Washington in der vorigen Woche damit, daß er den Volkskongreß eine „von den Kommunisten beherrschte Organisation“ nannte, die von keiner anderen Partei unterstützt werde. Am gleichen Tage erklärte General Clay in Frankfurt a. M., daß es keine Organisation wie den Volkskongreß gäbe und daher auch keine Unterschriften für ihn gesammelt werden können. So sehr sich diese „Argumente“ widersprechen, so sehr verfolgen doch beide gemeinsam den Zweck, die Volksbefragung unmöglich zu machen.“

Die Lage ist klar. Die Spalter Deutschlands haben sich selbst entlarvt. Mögen sie sich bemühen, feste Stellung hinter der Elbe zu beziehen, die sie um jeden Preis halten wollen. Für uns Deutsche gibt es keine Spaltungsgrenze, die quer durch Deutschland geht. Das deutsche Volk setzt allen in- und ausländischen Spaltern den festen Willen für ein einiges Deutschland entgegen.“

Elliot Roosevelt gegen den Marshall-Plan

(Rdfk.) Die gegenwärtig von der USA-Regierung betriebene Politik führe zum Krieg, erklärte Elliot Roosevelt, der Sohn des verstorbenen Staatspräsidenten der USA in einer Rundfunkdiskussion dem ehemaligen USA-Botschafter Grew. Der Marshall-Plan, sagte E. Roosevelt, der als humanes Hilfsprogramm für die hungernden Europäer gepriesen werde, verfolge im Grunde genommen Kriegsziele. Statt der von der Regierung verfolgten Kriegspolitik, die das amerikanische Volk 15 Milliarden Dollar jährlich koste, müsse die USA mit allen Ländern, ungeachtet ihrer ideologischen Verschiedenheiten, engere wirtschaftliche Zusammenarbeit anstreben. E. Roosevelt wandte sich entschieden gegen die Lieferungen von USA-Kriegsmaterial an die Athener Regierung und forderte, daß dem griechischen Volk Lebensmittel gesandt werden.

Die Technik der Nazis

„Neues Deutschland“ vom 9. April berichtet über eine Versammlung, die der Präsidentschaftskandidat Henry Wallace in Indianapolis hielt, bei der der Redner erklärte, daß Truman das amerikanische Volk in Angst und Schrecken versetze, genau wie Hitler es mit dem deutschen Volk getan habe. Auch Hitler habe den Deutschen immer erzählt, daß sie von den Auslandsmächten eingekreist würden, gegen die sie sich verteidigen müßten. Das amerikanische Volk sei das Opfer einer bewußten Kampagne der Truman-Regierung, welche die Technik der Nazis nachahme.

Nachwort zu einem Nachspiel

In seinem Bericht über die Verurteilung des Denunzianten der Lechleitergruppe, des ehemaligen SS-Untersturmführers Burchardt, machte der „Mannheimer Morgen“ Andeutungen, die dazu beitragen könnten, das Andenken unseres hingerichteten Gen. Daniel Seizinger zu verunglimpfen.

Wir stellen dazu fest, daß die Verhandlung klar aufzeigte, wie sich der Achtgroßschenjunge Burchardt in das Vertrauen des aufrechten Antifaschisten und aktiven Kämpfers gegen die nazistische Barbarei Seizinger einschlich und ihn dann, als Beweis für die aktive Tätigkeit Seizingers und seiner Genossen gegen das Hitlerregime vorhanden waren, der Gestapo in Berlin denunzierte. Wir bedauern, daß eine Zeitung wie der „Mannheimer Morgen“ den Verdächtigungen einer solch ekelhaften Kreatur wie dem SS-Denunzianten Burchardt Glauben schenkte und sie der Öffentlichkeit unterbreitete.

Das Andenken Daniel Seizingers wird weiterleben als das eines aufrechten Kämpfers, der seinen Kampf gegen die verbrecherische Herrschaft Hitlers mit seinem Leben bezahlte.

### Mitbestimmung der Gewerkschaften auch bei Facharbeiterprüfungen

(EB) In ganz Württemberg-Baden unterziehen sich gegenwärtig die Lehrlinge der sogenannten Facharbeiterprüfung, die entgegen dem Einspruch der Gewerkschaften in einseitiger Weise und entgegen dem Sinn der Verfassung ausschließlich durch die Industrie- und Handelskammer durchgeführt werden soll. Das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden hat unverständlicherweise den Industrie- und Handelskammern, die bei uns als reine Unternehmerorganisationen betrachtet werden müssen, erneut auch für 1948 betätigt, daß nur sie die Prüfungen durchzuführen haben. Der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden nahm gegen diese offene Brückierung des Mitbestimmungsrechts durch die Gesetzgebung des Wirtschaftsministeriums bereits vor einiger Zeit entschieden Stellung. Präsident Schleicher kündigte dabei die Anlegung von gewerkschaftlichen Lehrlingsstammrollen an, welche das Prüfungsurteil der Gewerkschaften enthalten, und deren Vorlage als einzig maßgebendes Zeugnis die Betriebsräte bei Einstellungen fordern werden. Wir hoffen, daß die Gewerkschaft diesen ausgezeichneten Vorschlag ihres Präsidenten jetzt, da es an der Zeit ist, auch in die Tat umsetzt, und damit einen wesentlichen Beitrag im Kampf um das Mitbestimmungsrecht leistet. Die Werkstätten wie die Gewerkschaft sind keineswegs gewillt, einseitige Verfügungen zugunsten der Unternehmer widerspruchslos hinzunehmen, sondern sind fest entschlossen, das Mitbestimmungsrecht zu verwirklichen.

### Um die Durchsetzung der Gesamttarife

(EB) Nach einjährigen Verhandlungen wurde ab 1. 4. 48 der Gesamtтариф Metall als verbindlich erklärt. Neben einer Reihe anderer Punkte schließt er unter anderem die fortschrittliche Bestimmung gleichen Lohns für gleiche Leistung ein und sichert so den Frauen und Jugendlichen eine gerechtere Wertung ihrer Arbeit.

Aber bereits machte sich der Widerstand der Unternehmer gegen diese und andere Punkte des Gesamtтарифes immer mehr bemerkbar, die seine Durchführung durch Einschaltung der Unternehmerverbände und eine gerissene Verschleppungstaktik sabotieren wollen. Der Kampf um die Durchsetzung des Gesamtтарифes in den Betrieben hat begonnen, eine Periode des Kleinkrieges, in deren Verlauf die Unternehmer gezwungen werden müssen, die fortschrittlichen Bestimmungen auch in der Praxis umzusetzen. Die Arbeiter werden dabei die Sieger sein, wenn sie nur wachsam und entschlossen sind, ihre Rechte aufs Äußerste zu verteidigen.

## Eindeutige Abfuhr für die CDU

Flucht in die Opposition

Die CDU holte sich in der letzten Stadtratssitzung in Mannheim eine eindeutige Abfuhr. Der Stadtrat beschloß mit großer Mehrheit, dem Geschäftsverteilungsplan des Oberbürgermeisters zuzustimmen. Das bedeutet, daß alle Parteien Gelegenheit haben, in der Stadtverwaltung mitzuarbeiten.

Herr Grande von der CDU machte sich wieder zum Wortführer der antikomunistischen Propaganda und wiederholte die gattsam bekannten Vorwürfe gegen die KPD. Bezeichnend für diesen „Demokraten“ ist aber, daß Hitler und Goebbels, nach seinen eigenen Worten, „ihm nicht weh getan hätten“, was wir gerne glauben.

Frau Anette Langendorf erklärte die Zustimmung der KPD zur Vorlage des Oberbürgermeisters und Stadtrat Sommer betonte, daß die SPD die Mitarbeit aller Parteien wünsche. Seine Partei sei nicht berechtigt, die kommunistische Fraktion von dieser Mitarbeit auszuschließen.

Mit beißender Ironie verwies Stadtrat Schreck auf das rote Tuch, das

seit längerer Zeit geschwenkt werde, um gewisse Viecher kopfscheu zu machen. Er erinnerte daran, daß der größte Teil der KZ-Insassen Kommunisten waren, daß aber auch die katholischen Häftlinge in Buchenwald einst den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus gelobt hätten. Er erinnerte aber auch an die „Jasager“ aus den Reihen der CDU (Simpfendorfer usw.). Das ist das trojanische Pferd, das unter uns ist. „Die Mannheimer Arbeiter haben nach 1945 die zerstörten Betriebe aufgebaut, während ihre (zur CDU gewandte) Kumpanei im Schwarzwald saß und auf die Entnazifizierung wartete. Jetzt kommen diese Herren zurück und wollen die Arbeiterschaft und die Vertreter der Arbeiterschaft, die KPD, von der Mitarbeit ausschließen.“ Die Absicht der CDU, keinen Beigeordneten in der Stadtverwaltung zu stellen, bezeichnete Genosse Schreck als Fahnenflucht. Von uns aus sind sie eingeladen, wir sind bereit, mit allen Parteien im Interesse der Bevölkerung der Arbeiterschaft Mannheim zusammen zu arbeiten. —kg—

## Für Mitbestimmungsrecht in der Landwirtschaft

„Neuordnung“ in der Lebensmittel-Erfassung

Die Ablieferung der Landwirtschaft soll neu geregelt werden. So hat es die CDU-Mehrheit im Wirtschaftsrat beschlossen. Das „Gesetz zur Neuordnung des Veranlagungs- und Ablieferungswesens in der Landwirtschaft“ wurde nunmehr durch die britische und amerikanische Militärregierung genehmigt.

Wir waren Gegner der bisher geltenden Bestimmungen. Das aus der Nazizeit übernommene Ablieferungssystem hat zum Bankrott der Ernährungswirtschaft geführt. Nur ausländische Zufuhren konnten die Westzonenbevölkerung vor dem Verhungern — aber nicht vor dem Hunger — bewahren.

Wird das sich jetzt grundlegend ändern und — bessern? Wird neben der Ernährungssicherung auch das Interesse des Bauern, „mehr“ zu erzeugen, gefördert? Wird man alles tun, um uns in unserer Ernährung unabhängiger vom Auslande zu machen?

Das Ablieferungssystem wird in sog. „Doppelzentrer-Getreidewerten“ festgelegt. Alle Produkte werden nach diesen Getreidewerten berechnet. 4 dz Kartoffel oder 5—10 dz Gemüse z. B. = 1 dz Getreide. Für Württemberg-Baden ist ein Grundablieferungssoll von 20,7 dz Getreidewert pro ha festgelegt. Das ist gleich dem Durchschnitt der Vorkriegszeit. Ein unmögliches Soll bei der Auslaugung unserer Ackerböden in der Kriegs- und Nach-

kriegszeit, bei dem Mangel an Kunstdünger und Geräten und nicht zuletzt an Vieh. Da kann eben keine freie Spitze für den Einzelbauer bleiben. Das Soll wird natürlich umgelegt und spezifiziert auf die Kreise, Orte und Einzelwirtschaften.

Aber wer legt das Soll für den Einzelbauern fest? Das ist eben die Frage. Die Aemter haben nicht das Vertrauen der Bauern, man hat es unterlassen, sie von reaktionären und nazistischen Einflüssen zu säubern. Im Bauernverband haben die Junker, Großgrundbesitzer und Großpächter das maßgebende Wort. Den werktätigen Bauern aber wurde bisher das Mitbestimmungsrecht genau so verweigert wie den Arbeitern in den Betrieben.

Neuerdings wird den Bauern die Ablieferung durch Kubazucker versüßt. Statt Geräten, Arbeitskleidung und Schuhen sind 50 000 t dieses Zuckers für die Prämierung der Milch- und Kartoffelablieferung bereitgestellt. Es ist hier sicherlich angebracht, daran zu erinnern, daß die Forderung der badischen Bauern nach Einfuhr von Futtermitteln stillschweigend übergangen wurde. Dafür gab es keine Devisen. Eine Futtermittelfuhr war angesichts der Dürrekatastrophe zur Erhaltung des Viehbestandes dringend notwendig. Ohne Vieh aber keine Intensivierung, kein Aufschwung der Landwirtschaft. Vielleicht könnte Deutschland bei der Intensivierung der Landwirtschaft in Zukunft genügend Zucker im eigenen Lande erzeugen, aber ausländische Zuckerkapitalisten haben daran schwerlich ein Interesse.

Die Bauernschaft hat es satt, sich nach alter nazistischer Methode reglementieren, kommandieren und zwangsbewirtschaften zu lassen. Das kam in vielen bisherigen Bauernversammlungen zum Ausdruck. Aber die von CDU- und DVP-Demagogen geforderte „freie“ Wirtschaft kann bei dem Mangel an Nahrungsmitteln auch nicht eingeführt werden. Der einzige gangbare Weg, der den Interessen der Bauern gerecht wird, ist jetzt die Durchsetzung des Rechts der Mitbestimmung durch die Bauern. Wir fordern deshalb die Wahl demokratischer Bauernausschüsse in allen Orten, die Anerkennung dieser Ausschüsse und deren Heranziehung bei der Regelung aller Fragen, die die Landwirtschaft angehen. Karl Gräse

### Im April keine Körperreinigung

Für die Normalverbraucher im Zwei-Zonen-Gebiet ist für April keine Seifenzuteilung vorgesehen.

(DPD 12. April 1948)

„Durch die geplante Demontage eines Teils der Henkel-Werke in Düsseldorf wird die Seifenzuteilung für die deutsche Bevölkerung keine Kürzung erfahren“, erklärte Gouverneur Asbury in einer Stellungnahme, in der er sich gegen die „Propaganda“ wendet, die gegen die Henkel-Demontage gemacht ist.

(„Die Welt“, 6. Dez. 1947)

## Unter der Lupe

### Große Butterschiebung in Tauberbischofsheim

(EB) In Tauberbischofsheim wurde dieser Tage eine Butterschiebung affäre entdeckt, in die mehrere Personen verwickelt sind und über deren Umfang noch Ermittlungen im Gange sind. Die Vorgänge, die zur Verhaftung einer Reihe von Personen führte, nahmen ihren Ausgang im Rathaus von Tauberbischofsheim, wo die Geschäfte ihre aufgeklebten Marken zur Entwertung abliefern müssen. Mit der Durchführung dieser Arbeiten waren die beiden 19 Jahre alten Gymnasiasten Bauer und Holler beauftragt.

Die beiden machten mit Hilfe dieser Marken umfangreiche Schwarzmarktgeschäfte. So wurde bei dem Geschäftsmann Faß in Königshofen noch Marken für 100 kg Butter vorgefunden. Der gleichfalls verhaftete Fleischersohn Hörner jr. tauschte Fleisch für Butter. 35 Pfund Butter konnten bei ihm noch beschlagnahmt werden. Den Kleinverkauf der Butter übernahmen in Tauberbischofsheim eine Frau Magin und der Jugendliche Bühler. Bezeichnenderweise wurde im Zusammenhang damit auch der Hauptschriftleiter Hennig der „Fränkischen Nachrichten“, welcher für seine antikomunistischen und kriegstreiberischen Heftartikel bekannt ist, verhaftet.

Es ist zu hoffen, daß die zuständigen Behörden alle an diesem volksfeindlichen Treiben Beteiligten erfassen und einer gerechten Bestrafung zuführen werden.

### Nähmaschinennadeln und Glühbirnen

Die Mannheimer Hausfrauen, welche so dringend Nähmaschinennadeln benötigen und keine bekommen, wissen eben nicht die richtige Quelle zum Bezug derselben. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß dieser sogenannte Mangelartikel in Wirklichkeit nicht in ausreichendem Maße vorhanden sei. Vor einiger Zeit wurde die Inhaberin der Firma Pfaffenhuber, Käthe Paulsen, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kriminalpolizei war auf sie aufmerksam geworden, weil gemeldet wurde, daß sie Glühbirnen zu 40,— und 60,— RM das Stück verkaufte. Es stellte sich heraus, daß sie auch mit Kaffeesevicen handelte und für ein sechsteiliges Service die runde Summe von RM 1000,— verlangte.

Ein großes Lager von Fahrrad- und Nähmaschinenzubehör, aber auch an Porzellan, Schuhen und Glühbirnen wurde beschlagnahmt und merkwürdigerweise wieder zurückgegeben. Darunter befinden sich tausende Nähmaschinennadeln.

Wir machten dieser Tage den Versuch, eine solche Nadel zu erstehen, mußten aber die gleiche Erfahrung machen wie die Hausfrauen, die nicht über die erforderlichen Beziehungen verfügen oder Schwarzhandelspreise zu zahlen gewillt sind. —w—

### 24 Stück Großvieh

Die Schwarzschlachtungsaffäre in Dittigheim, bei der es sich um 24 Stück Großvieh handelt, scheint sang- und klanglos von der Tagesordnung abgesetzt worden zu sein. Denn bis heute hat die Bevölkerung von Tauberbischofsheim, die sich sehr dafür interessiert, nichts mehr von dieser Sache gehört.

### Schalmeienkapelle

Alle Mitglieder ehemaliger Schalmeienkapellen werden gebeten, sich umgehend schriftlich bei uns zu melden unter Angabe ob und welches Instrument sie noch in ihrem Besitz haben. Gleichzeitig bitten wir alle Leser und Freunde unseres Blattes uns mitzuteilen, ob sie im Besitz solcher Instrumente sind. Unsere Anschrift: KPD, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. — Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. — Auflage: 22 000.

## KPD / Deine Partei!

- Die Kommunistische Partei will, daß jeder zu essen hat und sich kleiden kann.
- Die Kommunistische Partei will, daß jeder menschenwürdig wohnt.
- Die Kommunistische Partei will, daß der kleine Mann zu seinem Recht kommt.
- Die Kommunistische Partei will die Einheit Deutschlands.
- Die Kommunistische Partei wächst in allen Ländern, trotz Hetze, Verleumdung und Terror.
- Die Kommunistische Partei ist die starke Kraft, die Deutschland braucht.
- Die Kommunistische Partei ruft auch Dich.

indem Du untenstehenden Aufnahmeschein an unsere Adresse: Mannheim, S 3, 10, einsendest.

### Kommunistische Partei Deutschlands Aufnahmeantrag

Zuname: ..... Vorname: .....

geboren am: ..... Ort: ..... led./verh.: .....

Wohnung: ..... Straße: ..... Nr. ....

Beruf: ..... wo beschäftigt: .....

Politisch organisiert vor 1933: ..... Politisch organisiert nach 1933: .....

Gewerkschaftlich organisiert wo: .....

den ..... 1948

(Unterschrift)